

Weiter auf dem bilateralen Weg

Klare Worte Bundesrätin Widmer-Schlumpf äusserte sich zur Personenfreizügigkeit

Der Arbeitgeberverband kritisierte die Basler «Kuschel-Politiker». Ein bürgerlicher Kampfkandidat für die Regierungswahlen wäre wünschenswert gewesen.

ESTHER JUNDT

Während ihres ersten Besuchs in Basel warb Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf vor den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes Basel für die Personenfreizügigkeit. Das zwischen der Schweiz und der EU ausgehandelte Abkommen zur Personenfreizügigkeit sei das «Herzstück» der bilateralen Verträge. In den vergangenen Jahren habe sich gezeigt, dass das «unbürokratische und auf klar definierten Rechtsansprüchen basierende System der Personenfreizügigkeit» dem Wirtschaftsstandort Schweiz zu erhöhtem Wachstum und Wohlstand verholfen habe.

Die Justizministerin wies darauf hin, dass in der Schweiz vor allem gut

ausgebildete Arbeitskräfte aus der EU arbeiteten. Schweizer seien nicht in ausreichender Zahl verfügbar. Die ausländischen Arbeitnehmer seien eine «willkommene Ergänzung des ansässigen Arbeitskräftepotenzials». Zudem würde die Rekrutierung von EU-Bürgern verhindern, dass Schweizer Firmen ihre Produktion ins Ausland auslagern, weil sie hier zu wenige Arbeitskräfte finden.

Bis heute seien durch das Freizügigkeitsabkommen keine negativen Auswirkungen auf das Lohnniveau nachgewiesen worden, sagte Widmer-Schlumpf weiter. Trotzdem müssten die von verschiedenen Seiten geäusserten Ängste gegenüber der Personenfreizügigkeit ernst genommen werden. Der offene Arbeitsmarkt dürfe nicht dazu führen, dass Schweizer Arbeitnehmer verdrängt oder an Ausländer Dumpinglöhne bezahlt werden. Die flankierenden Massnahmen seien ein geeignetes Mittel, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern.

Sie verteidigte die Zusammenlegung der Vorlage über die Fortführung der Personenfreizügigkeit sowie jene über die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien. Damit seien keine rechtsstaatliche Prinzipien verletzt worden. Sollte es zu einer Abstimmung kommen – das Referendum ist noch nicht zustande gekommen –, wäre dies wegweisend für die Schweizer Europapolitik. Auf dem Spiel stehe der bewährte bilaterale Weg in seiner Gesamtheit, betonte Widmer-Schlumpf.

Kritik an Kuschelpolitiker

Der Präsident des Arbeitgeberverbandes, Marc Jaquet, kritisierte in einem Mediengespräch die traditionellen bürgerlichen Parteien, weil sie keinen Kampfkandidaten in die bevorstehenden Regierungswahlen geschickt haben. «Offenbar streben diese Parteien keine Mehrheit in der Regierung an», wunderte sich Jaquet. Das politische Leben hier gleiche einem «grossen Kuscheln auf gemeinsamen Positio-

nen». Kein Politiker wage es, unbequeme Positionen einzunehmen, sagte Jaquet, der einen Verband vertritt, in dem im Gegensatz zur Handelskammer oder zum Gewerbeverband keine politischen Schwergewichte im Vorstand sitzen. Unverständlich sei, dass «bürgerliche Politiker für sozialdemokratische Regierungsratskandidaten werben und sich Sozialisten als Wirt-

schaftsfreunde hervortun». Zu einer Wahlempfehlung liessen sich die Vertreter des Verbandes trotzdem nicht hinreissen.

Der Arbeitgeberverband verlangt von der Politik, dass der Arbeitsmarkt von den «Fesseln» befreit wird. Der Staat solle sich nicht einmischen, wenn es um Löhne oder Teuerungsausgleich gehe. Im Weiteren monierte Ja-

quet, dass in Basel lange über die Einführung von Frühfranzösisch diskutiert werde, derweil Englisch und zunehmend Chinesisch Weltsprachen sind. Kein Verständnis zeigte er für das mangelnde Interesse einer «Eliteförderung». Der Staat müsse seine Aufgaben noch weiter reduzieren und Steuern senken. Die Unternehmensgewinnsteuer sei immer noch «horrend hoch».